

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 7. Mai.

11 Uhr. Am Ministertische: Kommissar.

Das Haus beschließt sich mit der Beratung von Petition 8.

Die Petition verschiedener Gerichtsassistenten betr. die Anstellung als Gerichtsschreiber nicht das Haus zur Tagesordnung über, ebenso über eine Petition des Steuerinspektors Heitmann in Hannover...

Die Petition des Gerichtsschreibers Friedemann in Halle wegen Uebertragung einer Gerichtsschreiberstelle wird der Regierung zur Erwägung überwiehen und eine Petition von Nudelsky in Garmun um Aufhebung der Verbindung des rittenen Selbstregierungs mit der Bezirksverwaltung als Material.

Die Petition des Gerichtsschreibers Hecks in Reichenow um Verleihung des Titels Reichsrath in eine höhere Dienststellung wird der Regierung als Material überwiehen...

Die Petition des Gerichtsschreibers Otto und Genossen in Berlin um Erhöhung des Gehalts der Gerichtsassistenten wird der Regierung, soweit es sich um die Vertheilung der Besoldungen handelt, als Material überwiehen...

Die Petition des Gerichtsschreibers Gaefer in Frankfurt a. M. betr. die Höhe der Besoldung der Gerichtsassistenten, des Gerichtsschreibers Krause und Gen. in Kiel betreffend die Höhe ihrer Besoldung, des Gerichtsschreibers Hüfing in Duisburg, betr. die Anstellung der Gerichtsschreiber als Gerichtsassistenten, des Gerichtsschreibers Altmann in Sibir, betr. die Vermehrung der einmündigen Gerichtsschreiberstellen, des Inspektors Burgardt bei dem besonderen Gefängnisse in Frankfurt a. M., um Bewilligung einer Neubauten- und Stellenzuweisung und um anderweite Regelung der Gehaltsverhältnisse der Inspektoren bei den besonderen Gefängnissen, der Sekretäre Friederichsberg und Gen. bei den besonderen Gefängnissen in Braunschweig, des Gerichtsschreibers Altmann in Sibir, betr. die Vermehrung der einmündigen Gerichtsschreiberstellen, des Inspektors Burgardt bei dem besonderen Gefängnisse in Frankfurt a. M., um Bewilligung einer Neubauten- und Stellenzuweisung und um anderweite Regelung der Gehaltsverhältnisse der Inspektoren bei den besonderen Gefängnissen, der Sekretäre Friederichsberg und Gen. bei den besonderen Gefängnissen in Braunschweig...

Als Material überwiehen werden der Regierung folgende Petitionen verschiedener Lehrer aus Westfalen u. a. D., um Aufhebung der Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer, eines des Lehrers Grotz und Gen. in England u. a. D., um Erhöhung und anderweite Neuvertheilung der Besoldungen der Volksschullehrer, Wippen und Gen. in Braunschweig, Lehren und Lehrerinnen des Gymnasiums, um gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer, der Gerichtsschreiber Brandt und Gen. in Altona, betr. die etatsmäßige Aufstellung der Gerichtsschreiber, des Gerichtsschreibers Jürgensen in Sonderburg, um Vermehrung der einmündigen Gerichtsschreiberstellen und Anrechnung einer Dienststelle und Lehrentgelt an dem der Petitionen der Volksschullehrer, Lehrentgelt zu einem auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

Die Direktion der Meißner Lokalverwaltung des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen von 20 und 23 Mitgliefern, die sich als Vorkommnisse des Kreises Wertheim bezeichnen, bitten zur Abwehr der ihrer Auffassung nach bestehenden Gefahr, den bestehenden Eigenschaftswald durch die zunehmende Ausbreitung ausländischer Holzarten, insbesondere der Kiefer, auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

Die Petition des Kreisbauernvereins für Rheinpreußen von 20 und 23 Mitgliefern, die sich als Vorkommnisse des Kreises Wertheim bezeichnen, bitten zur Abwehr der ihrer Auffassung nach bestehenden Gefahr, den bestehenden Eigenschaftswald durch die zunehmende Ausbreitung ausländischer Holzarten, insbesondere der Kiefer, auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

Reberproduktion bedehnten vertheuern und das bedeutet auch eine Erhöhung unserer Nationalvermögen. Es handelt sich dabei um Millionen, um die die Reberindustrie geschädigt wird, und ein Zoll würde also auch politische Arbeiterverhältnisse zur Folge haben müssen. Es liegt nach gar kein genügendes Material zur Beurtheilung dieser ganzen Frage vor, und man soll daher nicht so schnell ein Nothprodukt unserer Industrie vertheuern. Ich beantrage, die Petitionen sämtlich der Regierung als Material zu überwiehen, damit man im Reich die Sache nach allen Richtungen hin prüfen kann.

Abg. Dabach (Str.): Es ist auch in diesen Begehren ein Widerspruch der Lokale konstatirt worden, und auch noch in diesem Frühjahr ist ein weiterer Widerspruch der Preise eingetreten. Man soll auch diesen Widerspruch noch bei Beurtheilung dieser Frage ins Auge fassen. Der Vorredner verlangt hier einen Schutz des Großkapitals, aber die Besitzer von Erbschaften können einen solchen Schutz mit viel größerem Rechte verlangen. Es kommen dabei eine Masse Privatrenten und auch der Staat selbst mit einem großen Vorrath von Erbschaften in Betracht. An einem Zuerbachsollen-Zoll wird die Reberindustrie sicher nicht zu Grunde gehen. Daher muss Preußen im Bundesrat seine Stimme für einen solchen Zoll erheben.

Abg. Grotz (H.): Es gehen sich hier Petitionen von Schmalwedder und Grotz an, und ich muss gleich von vorne herein hervorheben, dass von irgend einer Weise für mich einen oder anderen bei mir nicht die Rede ist. Das richtige Urtheil, das zu gewinnen es hier ankommt, können wir aber aus dem Kommissionsbericht nicht erlangen, da derselbe weit davon entfernt ist, auch nur einseitigen objekt gehalten zu sein; kaum eine halbe Seite nehmen die Ausführungen derselben ein, welche die Interessen der Reberbetriebe vertreten. Mir würden freierweise auch etwas größere Einführungen eines Zolles haben, wenn uns nur bewiesen würde, dass damit auch die Konsequenzen nicht einträten, deren Eintritt wir befürchten. Es würde doch auf das Bestimmteste in der Kommission vertheilt, dass nicht nur das Gerberei, sondern auch das Schuhmacher, Sattlergewerbe u. s. w. schwer durch die Einföhrung eines Zolles geschädigt würden. Ich meine, wir sind nicht im Stande, gewissheit zu geben, dass die Einföhrung eines Zolles die Interessen der Volkswirtschaft überhaupt nicht schädigen würde, und dass die Einföhrung eines Zolles die Interessen der Volkswirtschaft überhaupt nicht schädigen würde, und dass die Einföhrung eines Zolles die Interessen der Volkswirtschaft überhaupt nicht schädigen würde.

Abg. Dr. Grotz (Str.): Gerade in der Reberindustrie ist die Konkurrenz sehr groß, und die Reberbetriebe sind sehr klein. Man kann den Besitzern der Reberbetriebe dort nicht die Möglichkeit im Betrieb verweigern. Trotzdem aber sind die kleineren Reber dort jetzt in großer Gefahr ruiniert zu werden. Es besteht offenbar ein Nothstand und darum soll man ein Nothprodukt wie der Zoll auf Zuerbachsollen nicht von der Hand weisen. Wenn man die Interessen gegen einander abwägt, so überwiegen in diesem Falle die Interessen der Reberbetriebe, und wir können daher sehr wohl die Petitionen zur Erhöhung des Zuerbachsollens der Regierung zur Vertheilung überwiehen.

Abg. Richter (Fr. B.): Die Frage, um die es sich hier handelt, ist sehr wichtig, sie betrifft die Kompetenz des Hauses, und eine solche Frage soll nicht vor einem Hause, in dem, wie heute, noch keine 100 Mitglieder anwesend sind, verhandelt werden. Ich beantrage prinzipieller Ablegung der Petitionen von der heutigen Tagesordnung, und eventuell Uebertragung zur Tagesordnung über sämtliche Petitionen. Auch der Landwirthschaftswissenschaftler hat erklärt, dass diese Frage vor den Reichstag gehört und nicht hier, vor eine meiner Ansicht nach untergeordnete Berathung, ebenso ist eine solche Erklärung in der Reichstagskammer abgegeben worden. Die Frage gehört offenbar vor den Reichstag und das Abgeordnetenhaus würde sich einer Demüthigung aussetzen, wenn es den Antrag der Majoritätskommission hier angenommen und dann nachher eine dementsprechende Beschlüsse im Reichstag abgeben würde. Das Abgeordnetenhaus ist auch gar nicht der Ausdruck der richtigen Vertretung des preussischen Volks, wie schon vor Kurzem hier nachgewiesen ist. Auf die Sache selbst will ich nicht weiter eingehen. Sondern ich liegt noch viel zu wenig Material vor, um die Frage kompetent beurtheilen zu können.

Abg. Graf Kanitz (H.): Ich theile die Ansicht nicht, dass das Abgeordnetenhaus durch einen Zuerbachsollen Zoll einen Schaden erleiden würde. Wenn Abg. Richter sagt, dass die Frage nicht zu unserer Kompetenz gehöre, so hat doch die Partei des Abg. Richter vor 3 Jahren auch hier einen Antrag gestellt, der offenbar zur Kompetenz des Reichs gehöre, nämlich der, die Getreidezölle herabzusetzen. Wenn dann der Abg. Richter meint, dass das Abgeordnetenhaus nicht kompetent sei, so ist das ein Widerspruch. Ich habe die Freiheit der Partei des Abg. Richter gehabt, als noch die Partei hier im Hause stark vertreten war. Dann machte ich doch darauf aufmerksam, dass auch bei der Reichstagswahl, also bei einem Wahlsystem, das Herr Richter so liebt, auch nicht ein einziger Abgeordneter seiner Partei mit absoluter Majorität gewählt ist (Abg. Richter: Ist gar nicht wahr). Das Abgeordnetenhaus erzeugt nur ein schlechtes Verber und das wird von unseren Wählern sehr empfunden. Dann ist die Frage doch sehr wichtig, ob unser Militär ganz demnachst ein Schutzwerk hat, und da sind Zweifel aufgetaucht, ob das mit Zuerbachsollen getragene Leder genüge. Man müsste jedenfalls einmal einen Versuch machen, ob das mit Zuerbachsollen getragene Leder eine genügende Dauerhaftigkeit besitzt. Vom Standpunkt der Konsumenten ist ein Verber mit Zuerbachsollen nicht zu empfehlen, und wenn angesetzt wird, das unser Verberzoll ein gutes Verberzeug ist, und wenn angesetzt wird, das unser Verberzoll ein gutes Verberzeug ist, und wenn angesetzt wird, das unser Verberzoll ein gutes Verberzeug ist.

Abg. Müller (L.): Als Sachverständiger möchte ich noch einiges ausführen. Das zunächst die Kompetenzfrage anlangt, so meine ich allerdings, dass wir voll in der Lage sind, die preussische Regierung zu bitten, ihre Stimme in einer bestimmten Richtung abzugeben. Man möchte sich vor allen Dingen hervorheben, dass nach meiner Meinung eine Zollsenkung in Rücksicht auf unsere Vertragsstaaten gar nicht angängig ist und ich behaupte nur, dass nicht letztere der Regierung in dieser Beziehung eine Abweigerung gefallen ist. Uebrigens handelt es sich hier keineswegs nur um Zuerbachsollen, sondern auch um verschiedene andere gewerbliche Gebirgsstoffe, wie sie in Frankreich und England schon seit Jahrzehnten in Anwendung sind. Vor allen Dingen ist aber auch in Rücksicht auf die Eisenindustrie selbst von und in viel größeren Mengen aus Frankreich und England einzuföhren, als wir jetzt produzieren; unsere Gesamtproduktion kann auf 6, der Import dagegen auf 12 Millionen veranschlagt werden. Bezüglich der Quantitätsfrage gebe ich allerdings zu, dass mit dem zeitlichen Gebirgsstoffen nicht dieselben günstigen Resultate erzielt werden, wie mit

der Eisenindustrie; andererseits sind jene aber zu gewissen Zwecken gar nicht zu entbehren. Was übrigens die Quantitätsfrage in Bezug auf die Eisenindustrie für das Ausland anlangt, so kann ich erklären, dass in dem Maße, als die Eisenindustrie für die Eisenindustrie vorgefertigt ist, das zur Verwendung kommende Leder mit Eisenindustrie gefertigt sein muss. Es handelt sich hier um Interessen der Industrie, die 10 bis 20 Mal die dabei liegende Landwirthschaft in Betracht kommenden überwiegen. Und wenn man dann noch einen ganz exorbitant hohen Zuerbachsollen einföhren will, einen Zoll, der 200 Proz. des Wertes des Lederstoffes selbst ausmacht, während die anderen vorhandenen Zölle für gewöhnlich zwischen 10 bis 20 Proz. des Wertes ausmachen, so werden Sie es begreiflich finden, wenn ich mich dem Antrag Gehorsam anschliese, alle Petitionen der Regierung als Material zu überwiehen.

Derbauratsforstmeister Donner: Die Verhältnisse in dem Eigenschaftswalden haben die Regierung schon lange beschäftigt, um ein richtiges Urtheil darüber fassen zu können, um die Interessen der Regierung eine Verfügung erlangen, deren Ergehen von dem, was ich in der Kommission ausgeföhrt habe, etwas abweicht. Augenblicklich befinden in der That Anwartschaften in den Eigenschaftswalden, deren Befreiung der Regierung am Herzen liegt, und wir werden deshalb für jeden Verzicht, der in diesem Hause durch die Regierung erfolgt, dankbar sein. Ich bin daher der Ansicht nicht, dass der hier gemachte Verzicht, welcher sich nicht zum Ziele führen wird, schon aus dem Grunde nicht, weil die Zölle auf Gerbermaterialien gegenüber dem Vertragsstaaten Deutscher Reich und Ausland getrieben sind.

Zugleich ist ein Antrag Dabach (Str.) eingelaufen, die Petitionen um Erhöhung des Zolles auf Zuerbachsollen der Regierung zur Erwägung überwiehen und eine Petition des Steuerinspektors Heitmann in Hannover um Aufhebung der Verbindung des rittenen Selbstregierungs mit der Bezirksverwaltung als Material.

Abg. v. Achenbach (H.): Die Angelegenheit muss jedenfalls einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, und ich hoffe, dass die Regierung bei einer Prüfung dieser Frage Mittel und Wege zum Schutze der Eigenschaftswalden finden wird. Ich bin der Ansicht, dass die Regierung bei einer Prüfung dieser Angelegenheit einen solchen Zoll auf Zuerbachsollen einlegen wird. Wenn dies aber der Fall ist, so kann ich das nur sehr bedauern. Es handelt sich bei dieser ganzen Frage auf der einen Seite um Tausende von Menschen, auf der anderen Seite nur um ein Duzend und darum, ob unsere Lederfabrikation in die Hände weniger übergeben soll, oder ob unsere Lederfabrikation erhalten bleiben sollen, die schon jetzt in die Hände von Tausenden von Menschen übergeben sind. Hier ist die Frage, was die das Wohl dieser Leute im Herzen liegt. Denn die Arbeiter hier bringen nicht (Weisung). Hier ist der Punkt, wo man dem kleinen Mann helfen kann.

Abg. Grotz (Fr. Vereinig.) bemerkt, dass die Behauptung des Grafen Kanitz falsch sei, dass kein Mitglied der freimüthigen Vereinigung sofort in den Reichstagswahlen die absolute Majorität bekommen habe, und behauptet, dass die freimüthigen Parteien hier eine Mehrheit gebildet hätten, welche die Kompetenz des Abgeordnetenhauses übertrifft. Wenn man verlangt, dass heute noch der Großbetrieb die kleinen Betriebe ruiniere, so sei gegen diese Unterstellung nichts zu machen, er liege im Auge der Zeit. Man könne ebenso gut gegen den Bau von Eisenbahnen sein, weil dadurch den Reichen das Brod entzogen werde, wie gegen die Freilassung des Zuerbachsollens. Man könne ebenso gut gegen die Freilassung des Zuerbachsollens sein, weil dadurch den Reichen das Brod entzogen werde, wie gegen die Freilassung des Zuerbachsollens. Man könne ebenso gut gegen die Freilassung des Zuerbachsollens sein, weil dadurch den Reichen das Brod entzogen werde, wie gegen die Freilassung des Zuerbachsollens.

Abg. Anselm (H.): Herr Richter selbst hat angegeben, dass auch im politischen Landtag über diese Frage verhandelt ist. (Abg. Richter: Ja, Herr Anselm, welche das verändernd auf das Reich vorberhandelt sein. Auch in Baden und Hessen ist in den Kamern darüber verhandelt worden, und auch in Vuzenburg. Es ist eben eine sehr wichtige Frage. Ich will auf die eine Kompetenzfrage nicht weiter eingehen. Aber eine andere Kompetenzfrage ist heute hier angetaucht, nämlich ob wir nach den Handelsverträgen noch einen solchen Zoll einföhren können, und da finde ich in diesen Verträgen keine Bestimmungen, welche das verhindern auf das Reich 1500 Gelehrten haben sich auch 400 für einen Zoll ausgesprochen, das ist doch ein ganz bedeutender Prozentsatz. Diese Gelehrten fördern nämlich eine Ueberproduktion in Folge der Verwendung des Zuerbachsollens und die Eigenschaftswalden bedürfen dringend eines solchen Schutzes. Eine Vertheilung des Zuerbachsollens ist meiner Ansicht nach das Zuerbachsollen nach gar nicht eingetreten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass die Eisenindustrie im Preise im Allgemeinen ständig gesunken ist. Im Jahre 1876 kostete sie 10,25, und 1891 nur noch 6,5 Mark. Wenn einmal der Eigenschaftswald umgewandelt werden muss, weil die Arbeiter desselben nicht mehr bestehen können, dann gehen die vielen kleinen Betrieben in wenige Hände über und eine Menge kleiner Gelehrten wird vernichtet. Es mühten auch ferner die Gelehrten beschaffen werden können, das wäre gute Schölder fertigen, und das viele werden durch das Zuerbachsollen sehr geschädigt. Darum bitte ich um Annahme der Kommissionsanträge.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Persönlich erklärt Abg. Graf Kanitz, dass seine Bemerkung, es sei kein Abgeordneter der freimüthigen Partei bei den Reichstagswahlen im ersten Wahlgang gewählt worden, sich nur auf die vom Abg. Richter geäußerte Behauptung beziehe. Abg. Richter (Fr. B.) macht darauf aufmerksam, dass nach der Verfassung mindestens die Hälfte der Mitglieder einer Volksvertretung anwesend sein müsse, wenn ein Beschluß gefasst werde. Es sei aber die Hälfte keineswegs hier anwesend. Leider hätte die Geschäftsordnung keine Handhabe, um hier einzuschreiten, darum bitte ich den Präsidenten, auf diesem Anlaß eine entsprechende Aenderung der Geschäftsordnung in Erwägung zu ziehen. Auch die Vertheilung der Verträge vornehmen sollen, wollen wir uns noch lange bedenten. (Geltend.)

Darauf wird der Antrag Dabach angenommen und über die Gegenpetitionen geht das Haus zur Tagesordnung über. Eine Petition des Kreisbauernvereins für Rheinpreußen, wegen Erhöhung seiner Besoldung wird der Regierung zur Erwägung überwiehen. Eine Petition des Kreisbauernvereins für Rheinpreußen, wegen Erhöhung seiner Besoldung wird der Regierung zur Erwägung überwiehen. Eine Petition des Kreisbauernvereins für Rheinpreußen, wegen Erhöhung seiner Besoldung wird der Regierung zur Erwägung überwiehen.

Die Direktion der Meißner Lokalverwaltung des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen von 20 und 23 Mitgliefern, die sich als Vorkommnisse des Kreises Wertheim bezeichnen, bitten zur Abwehr der ihrer Auffassung nach bestehenden Gefahr, den bestehenden Eigenschaftswald durch die zunehmende Ausbreitung ausländischer Holzarten, insbesondere der Kiefer, auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

Die Direktion der Meißner Lokalverwaltung des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen von 20 und 23 Mitgliefern, die sich als Vorkommnisse des Kreises Wertheim bezeichnen, bitten zur Abwehr der ihrer Auffassung nach bestehenden Gefahr, den bestehenden Eigenschaftswald durch die zunehmende Ausbreitung ausländischer Holzarten, insbesondere der Kiefer, auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

Die Direktion der Meißner Lokalverwaltung des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen von 20 und 23 Mitgliefern, die sich als Vorkommnisse des Kreises Wertheim bezeichnen, bitten zur Abwehr der ihrer Auffassung nach bestehenden Gefahr, den bestehenden Eigenschaftswald durch die zunehmende Ausbreitung ausländischer Holzarten, insbesondere der Kiefer, auf das an demselben Gehaltsverhältnisse höhere Eingangsschule zu legen, und zwar vor allem auf das Duerbachsche. Eine gleichlautende Petition ist von 46 Volksschullehrern der Gohlfersdorf Wadriil im Kreise Wertheim eingelaufen. Die Kommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Vertheilung zu überwiehen, dagegen über die Petitionen der Volksschullehrer in Westfalen, welche sich gegen einen Duerbachsollen zu wenden, zur Tagesordnung überzugeben.

